Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

276 (24.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 276 | **Donnerstag den 24. November 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Herzog von Coburg hat eine Vermittlungsaktion zwischen Hitler und Hugenberg eingeleitet.

*

Hitler hat den Auftrag zur parlamentarischen Lösung der Regierungskrise abgelehnt und dem Reichspräsidenten einen Vorschlag für ein Präsidialkabinett unterbreitet.

In Düsseldorf hielt Reichsbankpräsident Dr. Luther eine Rede über politische und wirtschaftliche Tagesfragen.

*

In Genf wurde über Danziger Fragen und den Mandschurei-Konflikt verhandelt.

*

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtages hat das Konkordat und den evang. Kirchenvertrag angenommen, auch die evang. Landessynode gab zu letzterem ihre Zustimmung.

*

Während einer Kinovorstellung brach im Musikpalast in Madrid Feuer aus. Zwei Personen wurden verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

*

Präsident Hoover hat den Schuldnerländern Antwortnoten überreicht, in denen eine Stundung wegen ausreichender Begründung abgelehnt wird. Die Vereinigten Staaten rechnen mit den Schuldenzahlungen am 15. Dezember. Die englische Regierung wird eine neue Note an Amerika richten, in der noch einmal das Stundungsgesuch ausführlich begründet wird.

*

Herriot gerät wegen der ablehnenden Haltung Amerikas in der Schuldenfrage in eine heikle Lage, da die französische Kammer jede Zahlung ablehnt, wenn sie nicht durch deutsche Zahlungen ausgeglichen ist.

*

Der Danziger Volkstag nahm am Mittwoch einen nationalsozialistischen Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes an.

*

Im Prozeß gegen den Frauenwürger Leitgöb in Linz-Donau wurde der Angeklagte zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Nach der Urteilsverkündung unternahm Leitgöb einen Fluchtversuch, der aber mißglückte.

Rede Dr. Luthers

auf der Tagung des Langnamvereins

Düsseldorf, 23. Nov. Die 60. ordentliche Mitgliederversammlung des Langnamvereins wurde vom Vorsitzenden Dr. ing. Springorum-Dortmund eröffnet, der als Hauptaufgabe der Tagung die Bekundung des Willens der Privatwirtschaft zur Mitarbeit am Wiederaufbau bezeichnete. Bei dem Umbau des Verfassungswerkes müßten zunächst die Bestimmungen über das Wahlrecht geändert und das Fehlen einer zweiten Kammer beseitigt werden. Zum Schluß der Aussprache des Langnam-Vereins sprach **Reichsbankpräsident Dr. Luther.** Er habe, als er seinerzeit das Reichsfinanzministerium innehatte, erstmalig dem Reichspräsidenten die **Anwendung des Artikels 48** vorgeschlagen. Damals seien nicht unerhebliche Bedenken gegen die Anwendung des Artikels von staatsrechtlicher Seite erhoben worden. Diese Anwendung habe sich jedoch in ihrer Auswirkung entwickeln können, wofür die jüngste Zeit den besten Beweis biete. **Die Zuspitzung des Parteigedankens habe gewisse abänderungsbedürftige Zustände hervorgebracht.** Die Zuspitzung Parteistaat und Autoritätsstaat gehe zu weit. Das Kabinett Cuno sei eine Präsidialregierung gewesen, obgleich es sich nicht so genannt habe. Auch bei dem ersten Kabinett Luther habe der Hauptton auf dem gelegen, was heute Präsidialregierung genannt werde. Man könne bei der jetzt notwendigen Neuordnung im Staate nicht darauf verzichten, das reifen zu lassen, was dem Willen der Bevölkerung und der Parteien notwendig erscheine. Den **Kernpunkt einer Reichsreform** müsse man in der **Ueberwindung des Dualismus von Reich und Preußen erblicken.** Nur ein besser durchgebildetes Staatswesen als es das Reich seit 1918 gewesen sei, werde uns davor schützen können, daß der Segen einer im Laufe der Zeit wiederkommenden Konjunktur zum Unsegen ausschlage. Komme Deutschland in eine Periode eines solchen starken Staates, so werde es in Zukunft krisenfester als bisher sein. Dr. Luther ging dann zu dem Problem der Steuergutscheine und der Arbeitsbeschaffung der bisherigen Regierung über. Man dürfe jetzt nicht so tun, als ob dieses Programm gar nicht existiere, und eine Reihe von weiteren Projekten herausbringen, bei denen nicht darnach gefragt werde, in welchem Maße sie sich auf das Regierungsprogramm stützten. Sonst werde die gesamte Entwicklung gelähmt. Bei dem Thema „Gesunde Wirtschaft im starken Staat" gehöre die **Reichsbank** auf die Seite des Staates. Sie könne aber **ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie gegen politische Einflüsse vollkommen sichergestellt werde.** Zum Schluß betonte Dr. Luther, daß man in der jetzigen Zeit niemals auseinandergehen solle ohne zu sagen daß wir Mut zum eigenen Mut, nämlich Mut zum Handeln haben müßten. Mit demselben Wort „Mut zum Handeln" schloß der Vorsitzende Dr. Springorum die Tagung.

Hitlers Ablehnung und Angebot

Berlin, 23. Nov. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Am Mittwoch nachmittag 6.30 Uhr wurde die Antwort Adolf Hitlers an Staatssekretär Dr. Meißner überreicht. Die Antwort betont unter eingehender Begründung, daß Adolf Hitler den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er die Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar hält. Angesichts der trostlosen Lage des Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, hat Adolf Hitler dem Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester fixierter Frist die Regierungskrise gelöst werden kann. Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person wie auch seine ganze Partei für die Lösung der Regierungskrise und dann für die Rettung des Vaterlandes einzusetzen.

*

Die **parlamentarische Lösung der Regierungkrise ist damit zunächst gescheitert.** Das ist deshalb verwunderlich, weil die Nationalsozialisten sich bisher vielfach auf das Argument der Mehrheit berufen haben. Vor, während und nach den Wahlen hörte man immer wieder das Schlagwort von der „volksfremden" Papenregierung, die durch ein Kabinett abgelöst werden müsse, das sich auf breite Volksmassen stütze und im Reichstag über eine Mehrheit verfüge. In der Antwort Hitlers ist dieser parlamentarische Zug nicht mehr zu beachten, dagegen werden die sog. „Bedingungen" des Reichspräsidenten als Vorwand zur Ablehnung genommen, obwohl diese „Vorbehalte" bei der parlamentarischen Lösung nichts Ungewöhnliches, sondern Selbstverständliches fordern, wie von zuständiger Seite wiederholt nachdrücklich unterstrichen wurde.

Ob nun weiter eine Lösung der Krise auf parlamentarischem Wege versucht wird, wofür sich bekanntlich auch das Zentrum so deutlich eingesetzt hat, und nun die Beauftragung eines Zentrumsführers erfolgt, muß sich am Donnerstag zeigen.

Das **Angebot Hitlers für ein „Präsidialkabinett"** wird vom Reichspräsidenten sehr ernstlich geprüft, aber nach dem Wahlergebnis mußte der gegebene Weg einer parlamentarischen ordnungsmäßigen Lösung beschritten werden. Ob Hitler alles getan hat, um die Mehrheitsregierung zustandezubringen, unterliegt der Beurteilung Hindenburgs. Davon wird es abhängen, ob nochmals der Versuch parlamentarischer Lösung gemacht oder ob alsbald zur Bildung einer Präsidialregierung geschritten wird, wobei eine Mitwirkung der NSDAP. nicht ausgeschlossen erscheint. Hitlers Vorschlag hat dazu Möglichkeiten gegeben.

Die Antwort Hitlers

Die amtliche Mitteilung

Berlin, 23. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde am Mittwoch abend durch den Reichstagspräsidenten Göring dem Staatssekretär übergeben. Der siebeneinhalb Seiten umfassende Brief enthält nach ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden könne, nicht entsprechen könne. Mit dieser Absage verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

*

Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Antwort Hitlers nicht an den Reichspräsidenten, sondern an Staatssekretär Meißner gerichtet. Die ersten sechs Seiten enthalten eine Auseinandersetzung über den Brief des Staatssekretärs. Der eigentliche Vorschlag Hitlers ist auf den letzten Seiten enthalten. **Aus einer Reihe von Umständen läßt sich der sichere Schluß ziehen, daß der Vorschlag auf ein Präsidialkabinett unter Führung Hitlers hinausläuft.** Offenbar ist die Formulierung aber so, daß der Vorschlag nicht als Hitlers letztes Wort aufgefaßt werden kann. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Reichstagspräsident Göring bei der Ueberreichung der Antwort den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Fäden zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Herrn Hitler nicht abreißen, sondern die Verhandlungen unter allen Umständen fortgeführt werden möchten. Ebenso hat Göring darum gebeten, Hitlers Vorschlag vorläufig geheimzuhalten, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört würden. In Kreisen der Reichsregierung werden deshalb auch keine Auskünfte gegeben, bevor der Reichspräsident über den Vorschlag entschieden hat. Die Verhandlungen sollen mündlich fortgesetzt werden. Der Reichspräsident hat das Bestreben, die Verhandlungen in aller Ruhe und Sorgfalt zu führen, damit eine positive Lösung erzielt wird.

*

Vermittlungsaktion des Herzogs von Koburg

Berlin, 23. Nov. Bis kurz nach 5 Uhr Mittwoch nachmittags war die Antwort Hitlers beim Reichspräsidenten noch nicht eingegangen, obgleich angekündigt war, daß sie um 3 Uhr übergeben werden sollte. Der Reichspräsident hat aber Hitler bekanntlich bis Donnerstag Zeit gelassen. Die Verzögerung wird in politischen Kreisen damit erklärt, daß der Herzog von Koburg nun in der Tat die Vermittlungsaktion eingeleitet hat. Er hat vormittags mit Hitler gesprochen, der sich einverstanden erklärt haben soll, im Laufe des Nachmittags oder abends mit Hugenberg zu verhandeln. Die Form der Zusammenkunft ist so gedacht, daß der Abgeordnete Strasser Herrn Hugenberg in den Kaiserhof abholt. Auch die Führung des Stahlhelm soll in die von dem Herzog von Koburg angestrebte Kombination einbezogen werden. Es handelt sich also um den **Versuch, die Harzburger Front wieder herzustellen.** Ob ein Präsidialkabinett auf dieser Basis möglich ist, darüber trifft natürlich die letzte Entscheidung der Reichspräsident. Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß der Reichspräsident mit all diesen Gesprächen, Besprechungen und Verhandlungen nicht das Geringste zu tun hat. Der Herzog ist weder beim Reichspräsidenten gewesen noch hat er sonst irgendwie mit ihm in Verbindung gestanden.

*

Feststellung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 23. Nov. Die Behauptung eines Mittagsblattes die Deutsche Volkspartei habe erklärt, sie werde keineswegs einem Kabinett Hitler zustimmen und wahrscheinlich auch für ein Kabinett unter anderer nationalsozialistischer Führung außerordentlich schwere Bedingungen stellen, wird von der Nationalliberalen Korrespondenz als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die Deutsche Volkspartei habe ihre **Bereitschaft für ein Kabinett der nationalen Konzentration einzutreten, niemals geändert.** Ueber die Voraussetzungen und politischen Möglichkeiten ist mit ihr **noch nicht verhandelt worden;** auch von nationalsozialistischer Seite sei an die Deutsche Volkspartei bisher noch niemals herangetreten worden.

*

Kommunistische Demonstration vor dem Hotel Kaiserhof

Berlin, 23. Nov. Nachdem um 6.30 Uhr Reichstagspräsident Göring vom Hotel Kaiserhof abgefahren war, um die Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten zu überbringen, mischte sich plötzlich, von allen Seiten kommend, eine große Anzahl **kommunistischer Demonstranten** unter die Menge. Sie rotteten sich vor dem Eingang des Hotels im Mittelteil der Straße zusammen und stießen Rufe gegen Hitler und seine Parteiführer aus. Die bereits seit längerer Zeit dort anwesenden Nationalsozialisten gerieten mit den Kommunisten in ein Handgemenge, das die Polizei jedoch durch rasches Eingreifen im Keime erstickte. Die Nationalsozialisten wie die Kommunisten wurden von der Polizei abgedrängt und nach kurzer Zeit zerstreut.

*

Der Stand der Verhandlungen über die Regierungsbildung.

T.U. **Berlin,** 23. Nov. Es liegt nun wieder völlig beim Reichspräsidenten, in welcher Form sich nach dem Antwortschreiben Adolf Hitlers die Verhandlungen über die Regierungsbildung weiterhin vollziehen sollen. Von einer Fortsetzung des Schriftwechsels verspricht man sich jedenfalls, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, nichts. Der Reichspräsident sei gewillt, eine Lösung zu finden. Er halte aber auch jetzt noch daran fest, daß gemäß seiner Rücksprache mit den Parteiführern eine parlamentarische Regierungsbildung durch Hitler möglich gewesen wäre. In der ersten Aussprache mit dem Reichspräsidenten habe Hitler die Möglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zu finden, bejaht. In unterrichteten Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Reichspräsident nun noch einmal die Führer anderer Parteien empfangen wird, um volle Klarheit zu schaffen.

Die Forderungen, die der Reichspräsident an Hitler gestellt hat, sind vielfach falsch oder verzerrt wiedergegeben worden. Sie seien daher noch einmal aufgeführt.

Sachliche Forderungen:

1. Vorlegung eines Wirtschaftsprogramms.
2. Keine Maßnahmen zur Wiederherstellung des Dualismus Reich-Preußen.
3. Keine Abschwächung des Art. 48.

Personelle Forderungen:

1. Die Ministerliste bedarf der Bestätigung durch den Reichspräsidenten, d. h. der Reichspräsident hat Hitler keine Blankovollmacht für die Ministerliste erteilt.
2. Die Posten des Außenministers und des Reichswehrministers unterliegen der besonderen persönlichen Be-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schlußfassung des Reichspräsidenten, weil der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr und Vertreter des Reiches nach außen ist.

In den Einzelbesprechungen, die der Reichspräsident mit den Parteiführern hatte, hatten sich sämtliche Parteiführer grundsätzlich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt. Ueber diese Bedingungen hinaus sind aber auch keine besonderen Forderungen gestellt worden. So ist auch nicht verlangt worden, daß Hitler das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen übernehme. Wenn nun Hitler ohne Fühlungnahme mit den anderen Parteien seine persönliche Betraung zum Kanzler im Sinne einer Präsidialregierung vorschlägt, so ist es bisher stets die Auffassung des Reichspräsidenten, daß er keinen Parteiführer, welchen auch immer, mit der Führung einer solchen Präsidialregierung betrauen könne.

Der Reichspräsident will nun nichts überstürzen und den neuen Vorschlag Hitlers gründlich durchprüfen. Da die Verhandlungen nicht abgebrochen sind, ist damit zu rechnen, daß andererseits auch Versuche fortgeführt werden, die darauf abzielten, die „Harzburger Front" irgendwie wieder aufleben zu lassen. Den ganzen Mittwoch über war besonders der Herzog von Koburg in dieser Richtung tätig, der mit Hitler hierüber mehrfache Besprechungen geführt hat. Eine Fühlungnahme Hitlers mit den früheren Partnern der „Harzburger Front" ist jedoch wenigstens bisher nicht erfolgt.

Zusammenkunft Hoover-Roosevelt

Washington, 23 Nov. Die Unterredung zwischen Hoover und Roosevelt begann am Dienstag nachmittag im Weißen Haus. Es ist das erstemal in der Geschichte des Weißen Hauses, daß der amtierende Präsident seinen Gegner und Nachfolger zur Entscheidung über wichtige Probleme heranzieht.

Roosevelt gab nach der Rückkehr in sein Hotel Zeitungsvertretern ein Interview in dem er sich jedoch über die Unterredung mit Hoover nicht näher äußerte. Eine Information aus gutunterrichteten Kreisen besagt, daß Roosevelt seinen Standpunkt, den er in dem Antwortelegramm auf die Einladung Hoovers darlegte, beibehalten werde, nämlich, **daß es sich um eine Frage handle, mit der sich diejenigen beschäftigen müßten, die jetzt im Amte seien.** Die Unterredung über das Schuldenproblem soll einen Fortschritt gebracht haben. Am Mittwoch fand eine weitere Besprechung zwischen Hoover und Roosevelt statt.

Reuter läßt sich aus Washington melden, daß **Italien die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldenrate an Amerika zu zahlen beabsichtige.**

•

Das Programm Roosevelts

Washington, 23. Nov. Das Programm, das Roosevelt in seinen Besprechungen mit den demokratischen Führern darlegte, enthält u. a. **Gesetzentwürfe für eine Unterstützung der Landwirte**, eine starke **Herabsetzung der Regierungsausgaben** und einen **Gesetzentwurf über das Bier.** Unter dem Eindruck, daß die Lage sich außerordentlich verschärfen würde, wenn eine Ueberprüfung der Schuldenfrage abgelehnt werden sollte, haben mehrere Führer die Meinung ausgesprochen, daß ein Kompromiß in dieser Frage möglich sei. Man würde aber auf starke Opposition im Kongreß stoßen. Die Parteiführer vertraten weiter die Ansicht, es sei unmöglich, das Moratorium bis zur Ueberprüfung der Schuldenfrage zu verlängern.

*

Die Erklärung Hoovers. — Neue englische Note in Vorbereitung?

T.U. **Washington**, 23. Nov. Der von Hoover in seiner offiziellen Erklärung erwähnte Ausschuß für einen Meinungsaustausch mit den Hauptschuldnerländern soll „teilweise oder ganz mit der amerikanischen Abordnung zu der Londoner Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz identisch sein und unter der Leitung Hoovers mit der Zustimmung des Kongresses die Behebung der Krisenursachen anstreben". Im gleichen Atemzug befürwortet Hoover wieder die individuelle Schuldenregelung mit den einzelnen Ländern.

Schatzsekretär Mills gab bekannt, daß das amerikanische Staatsdepartement am Mittwoch abend dementsprechende Noten an die europäischen Länder abschicken wird.

Präsident Garner erklärte, daß die mit Hoover verhandelnden Kongreßführer jede Schuldenerleichterung ablehnten, dagegen dem Vorschlag zustimmten, daß die Schuldnerstaaten die fällige Dezemberrate vorbehaltlich weiterer Verhandlungen für längstens 60 Tage deponieren.

In zuständigen Washingtoner Kreisen verlautet, daß die britische Regierung angesichts der amerikanischen Haltung in der Schuldenfrage eine neue Note bezüglich Zahlungserleichterungen vorbereite.

Eine neue englische Stundungsnote an die Vereinigten Staaten.

T.U. **London**, 23. Nov. In englischen Regierungskreisen wird die Erklärung Hoovers über die Kriegsschuldenfrage als nicht unbefriedigend bezeichnet. Die Regierung wird nach Eintreffen der amerikanischen Note eine neue Note an die Vereinigten Staaten absenden, in der noch einmal das Stundungsgesuch ausführlich begründet wird.

Die amerikanische Antwortnote überreicht.

T.U. **Washington**, 23. Nov. Im Anschluß an die Erklärung Hoovers überreichte Staatssekretär Stimson den Botschaftern der Schuldnernationen die Antwortnoten, in denen die Zahlung der fälligen Dezemberraten verlangt wird.

Roosevelt gegen allgemeine Kriegsschuldenrevision.

T.U. **New-York**, 23. Nov. Roosevelt gab am Mittwoch eine Erklärung ab, in der er sich gegen eine allgemeine Revision der Kriegsschulden wandte. Er befürwortete dagegen voneinander unabhängige Verhandlungen mit den einzelnen Schuldnerländern, unter Berücksichtigung ihrer Zahlungsfähigkeit. Weiter lehnte Roosevelt die Wiedereinsetzung einer Kriegsschuldenkommission ab. Die Verantwortung für die Zahlung der Dezemberrate überläßt er vollkommen der Regierung Hoover. Einen Zusammenhang zwischen der Kriegsschuldenfrage und den Reparationen lehnte er strikt ab. Er erklärte, daß der Kongreß nicht befugt sei, die verfassungsmäßige Freiheit des Präsidenten, diplomatische Verhandlungen wegen der Kriegsschuldenfrage zu führen, zu unterbinden. Die Frage, auf welche Weise die Kriegsschulden-Verhandlungen geführt würden, sei eine Frage zweiter Ordnung.

Roosevelt nach Warmsprings abgereist.

T.U. **Washington**, 23. Nov. Nach seinen Verhandlungen in Washington ist Roosevelt nach Warmsprings im Staate Virginia abgereist. Er erklärte, daß er zu seiner Besprechung mit Hoover umgehend Stellung nehmen werde. Vor seiner Abreise hatte Roosevelt im Hotel Mayflower noch Besprechungen mit dem Schatzsekretär Mills, dem Bankier Baruch und dem Senator Swanson, der kürzlich zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats gewählt wurde. Im Anschluß an seine Unterredung mit Roosevelt erklärte Senator Swanson, daß nunmehr die europäischen Schuldner ihre endgültigen Vorschläge unterbreiten müßten. Diese Vorschläge könnte dann der Präsident dem Kongreß zur Entscheidung vorlegen.

Der Kampf um die Gleichberechtigung

Genf, 23. Nov. Am Dienstag wurden in Genf diplomatische Besprechungen veranstaltet, in deren Mittelpunkt die **deutsche Forderung nach Gleichberechtigung und die Bedingungen Deutschlands für seine nochmalige Beteiligung an der Abrüstungskonferenz standen.** Sowohl der englische Außenminister, wie auch der amerikanische Delegierte Norman Davis hatten Unterredungen mit dem französischen Kriegsminister Paul Boncour. Aus englischen Kreisen verlautet, daß es sich jetzt darum handle, eine Formulierung für die Anerkennung der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung zu finden, die auch von Frankreich als Grundlage für weitere Besprechungen angenommen werde. Sir John Simon hatte auch Besprechungen mit dem amerikanischen Delegierten Norman Davis und dem italienischen Delegierten Aloisi.

Die Hauptschwierigkeit soll aber darin bestehen, daß **Frankreich eine eigene Auffassung für die Frage hat**, in welcher Form der deutschen Gleichberechtigungsforderung Genüge getan werden könne und daß auch diese französische Meinung sehr verklausuliert in Erscheinung tritt. Havas läßt sich melden, die französische Regierung habe sich zwar bereit erklärt, Deutschlands Gleichberechtigung zu bewilligen, aber nur unter der grundlegenden Bedingung daß diese Gleichberechtigung mit der Anbahnung eines umfassenden Abrüstungs- und Sicherheitssystems Hand in Hand gehe. Was Deutschland jetzt durch Herrn von Neurath verlange, sei im Grunde genommen ein Blankoscheck, den zu bewilligen Frankreich sich nicht berechtigt glaube.

Es bestätigt sich demnach, daß die Hauptschwierigkeiten, die die Anerkennung der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung stellt, in der Weigerung der französischen Delegation begründet sind, die Vorschläge des englischen Außenministers als Grundlage anzuerkennen.

•

Pariser Widerstände

Paris, 23. Nov. Die französische Presse nimmt lebhaft Stellung gegen den Gedanken, Deutschland vor Beginn der Verhandlungen über den französischen Plan grundsätzlich die Gleichberechtigung zuzuerkennen. Der „Petit Parisien" drückt die Auffassung der Regierung aus, indem er schreibt: Der Plan selbst müsse Deutschland voll genügen, besonders dadurch, daß er wichtige Aenderungen des fünften Teiles des Versailler Vertrages enthalte. Deutschland müsse mit den anderen Mächten zusammen in eine Prüfung dieses Planes einwilligen und keine Vorbedingungen stellen. Der Plan enthalte die rechtliche Anerkennung der Gleichberechtigung und der deutschen Sicherheitsforderungen.

Churchill über die deutsche Gleichberechtigungsforderung

T.U. **London**, 23. Nov. Während der Unterhausaussprache über die Thronrede hielt Winston Churchill die erste, mit Spannung erwartete Rede seit seiner Erkrankung. Churchill sprach sich ziemlich pessimistisch über den Ausgang der Abrüstungskonferenz aus. In gewissen Ländern bilde sich wieder eine Kriegesmentalität heran. Frankreich sei das Haupt eines Staatensystems, das Belgien, Polen, Rumänien, Südslavien, die Tschechoslowakei usw. einschließe. Alle diese Staaten, so sagte Churchill, hängen in Bezug auf ihre Grenzen von dem Bestehen der gegenwärtigen Friedensverträge ab.

Churchill kam dann auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung zu sprechen und betonte, daß er eine Versöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarn unterstütze. Churchill forderte, daß man die Deutschland und den anderen besiegten Staaten zugefügten Ungerechtigkeiten zuerst beseitigen müsse, bevor zu allgemeinen Abrüstung geschritten werde. Er habe die größte Achtung und Bewunderung für die Deutschen, aber man müsse den Tatsachen ins Auge sehen. Jedem Zugeständnis, das man Deutschland gemacht habe, sei eine neue Forderung auf dem Fuße gefolgt. Die deutsche Jugend verlange nicht nach Gleichberechtigung, sondern nach Waffen. Wenn sie diese Waffen habe, dann würden sie die Rückgabe der verlorenen Gebiete und Kolonien verlangen.

Neuer Finanz-Skandal in Paris

Die Polizei hat eines der bekanntesten Mitglieder der vornehmen Pariser Gesellschaft, den Grafen Chabrignac festgenommen; er wird beschuldigt, mehrere Hundert große Vermögensschiebungen nach der Schweiz durchgeführt zu haben. Diese Verhaftung ist das Ergebnis einer seit Wochen geheim geführten Untersuchung. Die Polizei hatte festgestellt, daß ein Abgesandter der Genfer Banque Lombarde Odier u. Co. allwöchentlich den Grafen Chabrignac besuchte, der sich in einem Schloß in der Nähe von Paris ein eigenes Finanzbüro eingerichtet hatte. Es ergab sich der dringende Verdacht, daß der Graf zahllose Vermögen französischer Aristokraten und Geldleute heimlich in die Schweiz geschmuggelt hatte; diese erhielten dann regelmäßig die Zinsen und Kuponvergütungen in Paris ausbezahlt. Der Vertrauensmann aus Genf pflegte bei seinen Besuchen Unmengen von Wertpapieren und Valuten mitzunehmen und auf einem bisher noch nicht festgestellten Weg über die Grenze zu schmuggeln.

Als die Polizei genügend Stoff gesammelt hatte, holte sie zum entscheidenden Schlag gegen Chabrignac aus. Eine Schar von Detektiven erschien überraschend vor dem Schloß; alle Ausgänge wurden besetzt und das Haus gründlich durchsucht. Sieben Stunden dauerte die Haussuchung und Ueberprüfung der Bücher. Inzwischen wurde der Graf ununterbrochen von einem Geschäftskunden angerufen; an seiner Statt hob ein Detektiv jedesmal den Hörer ab und notierte sorgsam die Namen der Anrufenden. Meistens fragten sie, wann sie sich ihre Zinsen holen könnten. Das genügte der Polizei.

Nachdem eine Anzahl von Anrufen in dieser Weise erledigt worden war, bat der Graf, sich für einige Augenblicke aus dem Zimmer entfernen zu dürfen. Er erhielt die Erlaubnis und benutzte sie dazu, um rasch die Telephonleitungen zu durchschneiden und dadurch einen weiteren Verrat seiner Geschäftsverbindungen zu verhindern.

Trotzdem war die Arbeit der Polizei von Erfolg gekrönt. Es konnte festgestellt werden, daß die Genfer Bank mit etwa 400 französischen Kapitalbesitzern durch Chabrignac in Verbindung stand. Trotz der stundenlangen Suche konnte die Polizei das wichtigste Buch nicht finden: das Verzeichnis der in der Schweiz gebrachten Kapitalbeträge und der ausgezahlten Zinsen. Der Graf beantwortete alle darauf bezüglichen Fragen mit einem bedauernden Achselzucken. Schließlich fiel es einem der Detektive auf, daß der Graf schon seit Stunden in dem gleichen Fauteuil saß und sich nicht einmal erhoben hatte, als die Detektive in den anderen Räumen revidierten. Der Graf wurde höflich gebeten, sich von seinem Sitz zu erheben. Zögernd folgte er dieser Aufforderung, und nun entdeckten die Detektive unter dem Sitzpolster das Buch. Gegen den Grafen wurde ein Haftbefehl erlassen, doch darf er mit Rücksicht auf seinen leidenden Gesundheitszustand unter polizeilicher Aufsicht in seiner Wohnung verbleiben.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[24

Oh, man war weltklug genug, um zu durchschauen, daß nicht die Arbeit der Magnet war, sondern diese blonde, dumme Person da drinnen. Mit der Arbeit fing es an und würde bei der Liebschaft enden. Aber das durfte nicht sein, niemals. So kurz vor dem Ziele durfte man sich nicht abdrängen lassen. Es wäre ja eine Schande, wenn eine Ina Hartwig von solch einer kleinen raffinierten Person besiegt werden sollte.

Und raffiniert genug war sie, das wußte man ja.

Gleich am ersten Tage hatte diese Bernheim es ja verstanden, sich nicht nur bei Weltner einzuleben, sondern sich auch bei diesem Gör, dem Ralph, lieb Kind zu machen.

Voller Empörung hatte Babette Ina beim Heimkommen erzählt, was sich während Inas Abwesenheit zwischen der Sekretärin und dem kleinen Ralph abgespielt. Wort für Wort hatte ihr Babette die Unterhaltung zwischen Ralph und Edith hinterbracht, denn sie hatte selbstverständlich am Schlüsselloch gehorcht. Sie hatte ihr auch berichtet, daß, als sie auf Weltners Anordnung einen Abendbrotimbiß ins Arbeitszimmer gebracht, Ralph auf dem Schoß der Sekretärin gesessen und ganz gegen die Gewohnheit mit ihr und dem Vater Abendbrot gegessen hatte.

Das war der letzte Beweis dafür, daß diese Edith Bernheim versuchte, über den Jungen hinweg den Vater zu gewinnen.

Aber man würde ihren Plan durchkreuzen. Man mußte sich auch dem Jungen gegenüber so verhalten, daß der Zutrauen zu einem gewann. Später, wenn man erst als Frau die Zügel hier in Händen hielt, würde dann alles anders werden.

* * *

Sie fuhr aus ihren Gedanken auf und lauschte. Die Stimme des Vetters, die in gleichmäßigem Tonfall des Diktats durch die Tür geklungen, verstummte. Nun sprach eine weiche Frauenstimme ein paar Worte, sie hörte Weltner auflachen und wieder ein paar nun leisere Worte sagen. Eine Weile danach öffnete sich die Tür zu ihrem Zimmer. Weltner kam herein.

„Ach, du bist noch auf, Ina? Guten Abend! Ich begleite nur Frau Bernheim hinunter. Die Mädchen schlafen wohl schon?"

„Das kann ich ja besorgen", sagte Ina schnell. „Warum sollst du jetzt noch die Treppen hinuntergehen?"

„Auf keinen Fall, liebe Ina", sagte Weltner. „Es tut mir auch ganz gut, noch ein paar Augenblicke an die Luft zu kommen. Ich werde Frau Bernheim noch bis zur Haltestelle begleiten. Bin heute den ganzen Tag nicht aus dem Zimmer gekommen. In einer Viertelstunde bin ich zurück."

Bald hörte Ina eine Tür klappen und Schritte hinter sich die Treppe hinunter entfernen. Sie saß sehr still. Ihr Gesicht war von Wut entstellt. Das wurde ja immer schöner! Nun begleitete ihr Vetter seine Sekretärin sogar noch heim. Vom Geschäft würden sie wohl jetzt nicht mehr reden. Und wer weiß, wann er wiederkam. Aber er würde sich täuschen, wenn er glaubte, daß sie jetzt schlafen ginge und sich um nichts kümmerte. Sie mußte wissen, wann er zurückkam.

* * *

Die Straßen lagen verlassen und menschenleer da, als Weltner mit Edith Bernheim aus dem Hause trat. Es war ein klarer, kalter Spätsommerabend, der schon die Ahnung des ersten Frostes mit sich trug. Die Bäume auf der Straße, ihres Laubes völlig beraubt, reckten ihre Zweige in die klare, kalte Luft. Der halbe Mond stand groß und licht am Himmel und die Sterne funkelten kalt und leuchtend am Firmament.

Edith Bernheim schauerte unwillkürlich zusammen und knöpfte den Kragen ihres dünnen Herbstmantels fest. Weltner, der die Hände in den Taschen seines weichen, warmen Ulsters vergraben hatte, bemerkte sogleich das Zusammenschauern der jungen Frau.

„Sie sind viel zu dünn gekleidet, Frau Bernheim", meinte er vorwurfsvoll. „Dieser Mantel mag gut sein für den Spätsommer, aber für die jetzige Temperatur heißt es schon den Wintermantel hervorholen."

Da Edith Bernheim schwieg, sah er sie von der Seite an. Was war das für ein eigentümlicher Ausdruck in ihrem zarten Gesicht?

Herrgott, fuhr es ihm durch den Sinn, da hatte er sicher etwas Taktloses gesagt. Vermutlich hatte sie überhaupt keinen richtigen Wintermantel und lief deswegen in ihrem dünnen Fähnchen herum. Aber sie würde sich auf den Tod erkälten. Er konnte sich jetzt um Takt oder Nicht-Takt nicht kümmern.

„Seien Sie mir nicht böse, Frau Bernheim", sagte er entschlossen, „wenn ich Sie ganz offen frage, ob Ihr Gehalt auch ausreicht, um das Notwendigste anzuschaffen, zum Beispiel einen Wintermantel? Ich kann mir sehr gut denken, daß Sie drüben in Ihrem tropischen Klima ein solches Kleidungsstück nicht gebraucht haben."

„Ich danke Ihnen, Herr Rechtsanwalt. Mein Gehalt reicht vollständig aus. Ich hatte nur einige Verbindlichkeiten von der Zeit her, in der ich nichts verdiente. Wenn ich die erst erledigt habe, werde ich wie ein Krösus leben."

Weltner lachte.

„Nun, ich habe mir das Leben eines Krösus immer ein bißchen anders vorgestellt. Aber die Hauptsache ist, daß Sie zufrieden sind. Jedoch, bis Sie soweit sein werden, wird der Winter nicht warten. Und so wird es das Richtigste sein, daß Sie einen Vorschuß bekommen, um sich einen warmen Mantel anzuschaffen."

„Auf keinen Fall!" Edith Bernheims Stimme klang plötzlich so heftig, daß Weltner erstaunt aufsah. „Auf keinen Fall, Herr Rechtsanwalt! Sie haben mich ohnehin mit dem Gehalt so hoch eingruppiert, daß man im Büro schon darüber redet. Es geht nicht, daß ich Ihre Güte noch mehr in Anspruch nehme und Sie irgendwelchen Mißdeutungen aussetze."

(Fortsetzung folgt.)